

Wochenkommentar 44/2022 von Matthias Zehnder

Gmail macht Politik: Wie politisch sind Spamfilter?



Bild: © KEYSTONE/dpa/Thomas Banneyer

Die Republikanische Partei hat in den USA Google verklagt: Angeblich filtere Google mit seinem Mailedienst Gmail Wahlspende-Anfragen der Republikaner als Spam-Mails aus. Seit Jahren schimpfen Republikaner in den USA, dass sie auf den sozialen Medien benachteiligt würden. Den Höhepunkt haben die Klagen erreicht, als Twitter und Facebook das Konto von Donald Trump sperrten. Jetzt trägt die Republikanische Partei die Auseinandersetzung über die Sozialen Medien hinaus. Denn auch Mailprogramme filtern Inhalte, vielleicht sogar eher stärker als die Sozialen Medien. Ich habe nachgefragt, ob auch bei uns die Parteien mit Mailedienstleistern kämpfen und was sie vom Vorschlag von Google halten, politische Mails künftig zu kennzeichnen. Mein Wochenkommentar zur Politik im Mailpostfach.

Das Republican National Committee (RNC) hat vor einem kalifornischen Gericht Google verklagt. Der Vorwurf: Google sortiere aus politischen Gründen Mails der republikanischen Partei als Spam-Mails aus. In der Klage schreibt das RNC, Google habe Millionen von E-Mails der republikanischen Partei in die Spam-Ordner von potenziellen Spendern und Unterstützern verschoben, «und das zu entscheidenden Zeitpunkten bei der Mittelbeschaffung für die Wahlen». Die Partei habe vergeblich mit Google das Gespräch gesucht. Die einzige vernünftige Schlussfolgerung sei, dass Google absichtlich kritische E-Mails der republikanischen Partei im Spam-Ordner ablege, weil es die Republikaner seien, die sie verschicken, heisst es in der Klage. «Genug ist genug», erklärte die RNC-Vorsit-

zende Ronna McDaniel. «Wir verklagen Google wegen seiner eklatanten Voreingenommenheit gegenüber den Republikanern».

Eine interessante Geschichte. Für mich stellen sich drei Fragen:

- 1) Zuerst natürlich: Stimmt das? Hat Google tatsächlich republikanische Mails ausgefiltert?
- 2) Was hat Google überhaupt in meinen Mails zu suchen? Filtern auch andere Mailprovider die elektronischen Briefe ihrer Kundinnen und Kunden?
- 3) Was sagen die Parteien hierzulande – werden ihre Newsletter und Massenmails auch ausgefiltert?

Schauen wir uns die drei Punkte an.

1) Sortiert Google republikanische Mails aus? Ja, aber...

Google-Sprecher José Castañeda erklärte gegenüber amerikanischen Medien, Google habe bereits wiederholt gesagt, dass die Firma E-Mails nicht nach ihrer politischen Zugehörigkeit filtere. Die Republikaner beziehen sich aber auf eine Studie der North Carolina State University: Wissenschaftler der Universität haben untersucht, wie häufig die grossen Mailprovider Spendensammel-Mails der grossen Parteien ausfiltern. Die Untersuchung zeigt, dass Gmail im Wahlkampf 2020 republikanische Spendensammel-E-Mails wesentlich häufiger als Spam markierte, während Yahoo und Outlook demokratische E-Mails überproportional häufig kennzeichneten. Gmail ist in den USA der mit Abstand am häufigsten genutzte kostenlose Mailedienst. Versucht Google mit seinen Spamfiltern die Politik zu beeinflussen?

«Nein», sagt Google. Der wichtigste Faktor beim Entscheid darüber, ob eine Mail in die Inbox oder in den Spamordner gehört, sei der Benutzer: Wenn viele Empfänger eine bestimmte Massenmail als Spam bezeichnen, übernimmt Gmail diese Wertung und filtert die Mail aus. Mit anderen Worten: Wenn die E-Mails einer Kampagne regelmässig im Spam-Ordner landen, liegt das wahrscheinlich daran, dass Gmail-Empfänger die Nachrichten dieses Absenders zuvor als Spam gekennzeichnet haben. Und das könnte daran liegen, dass die Mails der republikanischen Partei aggressiver und Angst machender formuliert sind als die der Demokraten – und zum Teil mehrfach pro Tag verschickt wurden.

2) Was hat Google überhaupt in meinen Mails zu suchen?

So weit so gut. Aber warum schnüffelt Google überhaupt in meinen Mails herum? Die Post öffnet ja auch nicht meine Briefe und prüft, ob sie zumutbar sind. Das Problem heisst Spam. Das steht eigentlich für «Spiced Ham», auf Deutsch also: Gewürzschinken. Spam war der Markenname für ein berüchtigtes Dosenfleisch, das es bereits seit den 30er Jahren gibt. Seit den 80er Jahren werden unerwünschte Mails als Spam bezeichnet, weil sie ebenso omnipräsent sind wie der britische Gewürzschinken und oft ebenso unerwünscht.

Das Versenden eines Briefs kostet bekanntlich Porto. Für die Zustellung eines A-Post-Briefs verlangt die Schweizerische Post 1.10 Franken. Dazu kommen noch die Kosten für Papier und Briefumschlag. Bei E-Mails ist es anders: Das Versenden von E-Mails kostet grundsätzlich nichts und es fallen auch keine Kosten für Papier an. Man kann also problemlos hun-

derttausende oder gar Millionen von Mails verschicken. Auch wenn nur Bruchteile von Promillen davon die gewünschte Wirkung entfalten, kann sich der Versand lohnen. Bei der elektronischen Post fallen die Kosten nicht beim Sender, sondern beim Empfänger an. Das Sortieren der E-Mails kann sehr aufwändig werden.

Und gefährlich: Im elektronischen Posteingang landen nämlich nicht nur harmlose Werbemails, sondern auch Betrugsversuche und elektronische Angriffe. Betrüger wollen an die persönlichen Daten der Benutzer kommen, indem sie ein grosses Erbe versprechen oder androhen, dass das Paket durch die Post, DHL oder FedEx nicht zugestellt werden könne, wenn man nicht sofort eine Gebühr bezahle. Noch perfider sind die Angriffe: Es kann genügen, einmal auf einen Link zu klicken und schon können Hacker die Kontrolle über den Rechner oder, schlimmer noch, über das ganze Netzwerk übernehmen.

E-Mail-Provider handeln deshalb im Interesse ihrer Kunden, wenn sie solche Briefe aussortieren. Wie erfahren sie, dass ein Mail betrügerisch oder gefährlich ist? Natürlich gibt es technische Erkennungszeichen. Tina Frey, die stellvertretende Geschäftsführerin des Zürcher Newsletter-Spezialisten mailXpert, warnt auch vor Schlüsselwörtern, «welche die Spam-Filter triggern, wie zum Beispiel «bester Preis», «risikofrei», «Schnäppchen», «Glückwunsch», «Gewinnchance», «jetzt spenden», «schnell abnehmen», oder «Sonderangebot». Vor allem aber sind es die Benutzerinnen und Benutzer, die unerwünschte Werbung oder Betrugsversuche melden. Sie müssen dafür im Posteingang das Mail lediglich als Spam bezeichnen. So funktioniert das bei Gmail und auch bei anderen Mail Providern.

Das Problem ist nur: Die Benutzerinnen und Benutzer markieren so nicht nur gefährliche und betrügerische Mails, sondern auch elektronische Briefe, über die sie sich ärgern. Vielleicht erinnern sie sich nicht daran, dass sie diesen oder jenen Newsletter abonniert haben, markieren ihn als Spam und Boum! Der Newsletter erreicht seine Abonnenten nicht mehr. Oder der Absender macht einen technischen Fehler beim Versand der Mail und Boum! Das Mail landet im Spam-Ordner.

So ist es mir kürzlich mit der Offerte eines Malergeschäfts ergangen. Ich habe auf die versprochene Offerte gewartet und schliesslich den Maler angerufen. Nur um zu erfahren, dass er die Offerte schon lange gemailt hat. Und tatsächlich: Sie war im Spam-Ordner gelandet. Ich habe einen Freund, der meine Mails nie erhält: Bei ihm landen meine Mails regelmässig im Spam-Ordner. Mittlerweile bin ich dazu übergegangen, ihm Mails per WhatsApp anzukünden.

Manchmal geht mir das auch so, wenn ich einen Newsletter abonniere: Er taucht nie in meiner Inbox auf, weil das Mailprogramm den Newsletter als Spam betrachtet und ausfiltert. Dieses Problem kenne ich auch von der Absenderseite: Mein wöchentlicher Newsletter erreicht viele Empfängerinnen und Empfänger nicht, weil ihre Mailprogramme den Newsletter ausfiltern. Der Grund: Um einen Newsletter zu verschicken, braucht es spezielle Dienstleister. Ich nutze dafür Mailchimp. Der Dienstleister verschickt meinen Newsletter in meinem Namen, also mit meiner Mailadresse als Absender. Viele Mailprogramme mögen das gar nicht und werfen meinen Newsletter deshalb in den Spamordner. Das ist ärgerlich für mich – und natürlich auch für meine Abonnentinnen und Abonnenten.

3) Was sagen die Parteien hierzulande?

Deshalb landet auch die elektronische Post der Parteien hierzulande immer mal wieder im Spamordner. Ich habe deshalb bei den Schweizer Bundesratsparteien nachgefragt, ob auch sie, wie die Republikaner in den USA, ein systematisches Problem sehen. Marco Wölfli von der FDP Schweiz sagt, wenn seine Partei Probleme habe, dann eher aus technischen Gründen und am ehesten mit Bluewin-Adressen. Seit die FDP die Newsletter aus dem eigenen CRM verschicke, seien die Probleme kleiner geworden. Auch Thomas Hofstetter, Pressesprecher von Die Mitte, und Peter Keller, Generalsekretär der SVP, sagen, dass die Newsletter ihrer Parteien nur vereinzelt im Spam-Ordner landen. Die SP meldet immerhin, dass es bei Gmail häufiger vorkomme, dass ihre Mails nicht bei den persönlichen Nachrichten landen. Insgesamt bekomme die Partei aber selten eine Rückmeldung, dass ihre Newsletter im Spam landen. Mediensprecher Nicolas Haesler sagt: «Die wichtigsten Faktoren, um nicht als Spammer eingestuft zu werden, sind, dass man nur Personen anschreibt, welche dazu ihre Zustimmung gegeben haben und dass man den Empfänger:innen tatsächlich relevante Informationen zukommen lässt.» Das erfülle die SP.

Tina Frey vom Newsletter-Spezialisten mailXpert fügt an, dass es trotzdem jeden Newsletter, ob politisch oder nicht, treffen könne, wenn der Newsletter Trigger-Wörter enthalte. Und dazu gehören eben auch «spenden» oder «Spendenaufruf». Frey betont aber, dass die Markierung als Spam «nicht aufgrund politischer Aussagen, sondern generell und in allen Themenbereichen» erfolge. Das könnte auch bei den aussortierten Mails der Republikaner in den USA das Problem gewesen sein: Es handelte sich um massenhaft versendete Spendenaufrufe. Die Parteien in den USA gehen da, auch aufgrund der viel lascheren Datenschutzgesetze, wesentlich aggressiver vor als die Parteien in der Schweiz.

Latent haben wir aber auch in Europa das Problem, dass aggressive Spamfilter auch erwünschte Newsletter ausfiltern. Wer sich per elektronischer Post an Abonnenten richtet, ist auf Gedeih und Verderb dem Goodwill der Mailedienstleister ausgeliefert. Nun sagen sie vielleicht: Ist doch egal, wenn etwas zu viel Werbung ausgefiltert wird – Hauptsache mein Postfach bleibt sauber. Doch so einfach ist es nicht.

Wir sind uns als Gesellschaft einigermassen einig, dass die Zukunft digital sein soll. Insbesondere Medien, aber auch Informationsmaterial zum Beispiel von Parteien wird die Menschen immer häufiger nur noch digital erreichen. Weil wir uns dafür nicht einem undurchsichtigen Algorithmus eines amerikanischen oder chinesischen Social-Media-Unternehmens ausliefern wollen, spielt die gute alte E-Mail wieder eine wichtigere Rolle. Wenn nun aber aufgrund der elektronischen Überflutung die Spam-Abwehr der Mailprogramme so aggressiv wird, dass die Newsletter von Parteien und von Medien häufiger im Spam-Fach landen, haben wir ein grundsätzliches Problem.

Google hat in den USA deshalb ein Programm zur Kennzeichnung von politischen E-Mails aufgelegt: Mit dem Politik-Label soll die Post von Kandidaten, von politischen Parteikomitees und von politischen Aktionskomitees gekennzeichnet werden. Wenn die Mails die Regeln bezüglich Phishing und Malware einhalten, werden sie von Gmail nicht mehr automatisch in den Spam-Ordner aussortiert, auch wenn viele Empfänger die Mails als Spam kennzeichnen.

Wäre das auch ein Rezept für die Schweiz? SVP-Generalsekretär Peter Keller findet, dass das eine Möglichkeit wäre, «analog zur Regelung bei den Briefkästen: Dort sind politische Sendungen vom «Bitte keine Werbung»-Kleber ausgenommen.» Das ist ein interessanter Vergleich. In der Tat kennen die Post und andere Zustellorganisationen in der Schweiz Ausnahmen: Sie werfen keine unadressierten Sendungen in den Briefkästen, wenn der «Keine Werbung»-Kleber angebracht ist, kennen aber eine Reihe von Ausnahmen. So werfen sie unadressierte Post trotzdem ein, wenn es sich dabei um einen Amtlichen Anzeiger handelt. Zugestellt werden auch Sendungen von politischen Parteien, Sendungen von überparteilichen Komitees, die in einem Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen und Abstimmungen stehen, und Sendungen nicht kommerzieller Natur, die dem Informationsbedürfnis einer breiten Öffentlichkeit entsprechen, etwa Informationen über Baustellen.

Es wäre nur logisch, wenn es ähnliche Regeln auch für die elektronische Post gäbe. Wenn es eine Zertifizierungsstelle für politische Parteien und journalistische Angebote gäbe. Ist ein Newsletter mit diesem Haken versehen, dürften die Mailprogramme den Versand nicht mehr von sich aus in den Spamordner verschieben. Ob die Parteien und die Medien das Zertifizierungsangebot nutzen würden, ist eine andere Frage. Die Republikaner in den USA haben eine Kennzeichnung abgelehnt. Sie versprechen sich wohl mehr Aufmerksamkeit von einer Klage gegen Google.

Ich finde, wir sollten uns in Europa, in der Schweiz solche Kennzeichnungen überlegen. Wenn wir auf digitale Information setzen und uns nicht Social Media-Konzernen ausliefern wollen, ist E-Mail der wichtigste Kanal zu den Menschen. Dann müssen wir aber sicherstellen, dass wir uns nicht dem nächsten willkürlichen Algorithmus aussetzen. Ein solcher Zertifizierungshaken wäre eine interessante Lösung. Es geht um nichts Geringeres als darum, die politische und journalistische Kommunikation im digitalen Raum sicherzustellen. Ich zumindest wäre froh, wenn mein Newsletter einen Haken hätte und entsprechend häufiger ankommen würde. Was meinen Sie?

Basel, 11. November 2022, Matthias Zehnder mz@matthiaszehnder.ch

PS: Nicht vergessen – [Wochenkommentar abonnieren](#). Dann erhalten Sie jeden Freitag meinen Newsletter mit dem Hinweis auf den neuen Kommentar, einen Sachbuchtipp, einen Tipp für einen guten Roman, das aktuelle Fragebogeninterview und mein persönlicher Tipp für ein gutes, digitales Leben. Einfach [hier klicken](#). Und wenn Sie den Wochenkommentar unterstützen möchten, finden Sie [hier](#) ein Formular, über das Sie spenden können.

Quellen

Fischer, Sara und Gold, Ashley (2022): *Scoop: RNC sues Google claiming spam filter blocks email*. In: Axios. [<https://www.axios.com/2022/10/22/rnc-lawsuit-google-spam-filter-blocks-email>; 11.11.2022].

Holt, Kris (2022): *Google is trying to keep political campaign emails out of Gmail spam folders*. In: Engadget. [<https://www.engadget.com/google-gmail-political-campaign-emails-spam-folder-151541496.html>; 11.11.2022].


Iqbal et al (2022): *A Peek into the Political Biases in Email Spam Filtering Algorithms During US Election 2020*. In: Department of Computer Science, North Carolina State University. [<https://arxiv.org/pdf/2203.16743.pdf>; 11.11.2022].

Kelly, Makena (2022): *Google built a spam backdoor for Republicans — and they aren't using it*. In: The Verge. [<https://www.theverge.com/2022/10/13/23403259/google-gmail-republicans-gop-spam-filtering-program-midterms>; 11.11.2022].

Markay, Lachlan (2022): *Gmail filters more likely to weed out GOP emails*. In: Axios. [<https://www.axios.com/2022/04/10/gmail-filters-more-likely-to-weed-out-gop-emails>; 11.11.2022].

The Associated Press (2022): *Republican committee sues Google over email spam filters*. In: NBC News. [<https://www.nbcnews.com/politics/elections/republican-committee-sues-google-email-spam-filters-rcna53580>; 11.11.2022].


Spenden für den Wochenkommentar ist jetzt so einfach wie bezahlen im Hofladen



Bequem mit TWINT bezahlen



Scannen Sie den QR-Code mit Ihrer TWINT App.



Geben Sie den Totalbetrag ein und bestätigen Sie Ihre Zahlung.